



"Der Begriff >"Die Prinzenallee 58" steht für einen **Modellfall** der Integration von selbstverwaltetem Wohnen und sozial-kulturellen Projekten mit Sitz in dem Fabrikgebäude auf dem genannten Grundstück in Berlin-Wedding." ([» Stand 1991](#))

Zum Jahresanfang 2008 verlässt der "**Verein Nachbarschaftshaus Prinzenallee**" (VNP) seine bisherigen "Nachbarn", die als **Genossenschaft** organisierten Bewohner der **Prinzenallee 58 (PA58)**, um sich andernorts nach "umgänglicheren Nachbarn" umzuschauen.

Welche (Hinter-)Gründe, Maßstäbe und Motive könnten zu diesem sehr diskreten, eher wie zufällig und absichtslos inszenierten Desintegrationsprozess dieses (ehemaligen) sozial-kulturellen 'Modellfalls', geführt haben?

Mit einem bereits seit 1988 vorliegenden Vorschlag zur Gründung der "**Gattel-Stiftung**", (ab **2001** als **Bürgerstiftung für Berlin Mitte** konzipiert), lag zwar ein konstruktiver und integrativer Lösungsvorschlag vor, doch wurde allein schon eine Diskussion darüber jahrelang von keinem der Verantwortlichen ernsthaft in Erwägung gezogen.

Dazu aus dem [Brief vom 6.12.2007](#) an den Bezirksbürgermeister von Berlin Mitte Herrn Christin Hanke:

"Am Freitag, den 19. März 2004 lud die Gattel-Stiftung i.G. gemeinsam mit dem Förderverein Lokale Agenda 21 Berlin-Mitte zu einem Podiumsgespräch ein.

Die Veranstaltung mit dem Titel, "**Neue Bürgerstiftungen für Berlin**", wurde von Ingrid Stahmer moderiert.

Auf dem Podium standen folgende Themen zur Diskussion:

- Sind Bürgerstiftungen ein taugliches Mittel zur Entwicklung der Zivilgesellschaft?
- Wie "elitär" oder "demokratisch" orientiert sollten Bürgerstiftungen sein?
- Können mit Hilfe von Bürgerstiftungen Förderstrukturen stärker auf die Bedürfnisse vor Ort orientiert werden, anstatt auf bürokratische Fördertopfrichtlinien?
- Können und wollen die "alt eingesessenen" Projekte in den Stadtteilen und Kiezen ein

Fundament für den Aufbau einer Bürgerstiftung bilden?

- Wie können vorhandene Parallelstrukturen zukünftig noch besser auf einander abgestimmt werden? Z.B.

- o Agenda21-Prozess
- o Kiezprojekte und - vereine
- o Nachbarschaftseinrichtungen
- o Quartiersmanagement

Nicht ein einziger Vertreter der hier aufgelisteten Trägerformen hielt es für nötig, zur der Veranstaltung zu erscheinen. Hier scheint noch die „gute“ alte Regel zu gelten:

**"Wer die Macht hat,
[und/oder das (Zuwendungs-) Geld]
braucht nicht zu lernen!"**

Wollte man zynisch sein, müsste man fragen:

„Wem außer den 'Sozialen Trägern' nützt es eigentlich, wenn 2007 der „Soldiner Kiez“ den letzten Platz im Vergleich unter den Berliner Sozialräumen einnimmt???

Die Krux dabei ist, dass die sozialarbeiterisch handelnden Institutionen den „Bürger“ durch ihre Brille nur noch als „Klienten“ zu betrachten scheinen, der „fördertopf-relevant“ ist oder nicht. Auf Dauer können so keine staken und lebendigen Lebenswelten entstehen oder bestehen bleiben.

Das bereits so gut wie „geteilte“ Projekt PA58/VNP konnte aus Mangel an „richtigen Müttern“ wohl nicht mehr durch ein salomonisches Urteil gerettet werden.

Eine vage Chance bestünde noch, wenn sich die Projekte unter dem (gemeinsamen neuen) Dach der „**Gattel-Stiftung**“ vereinen würden, um so einerseits dem Anliegen des Kostenträgers zu entsprechen und dabei andererseits die jeweilige formale Eigenständigkeit und Identität innerhalb ihres geschichtlich gewachsenen Umfeldes bewahren zu können."

Schon die ersten Ausblicke über mögliche Perspektiven dieses Projektes standen unter dem Vorbehalt der Toleranzspielräume die der Staat seinen Bürgern gewährt.

"Möglichkeiten und Wirkung, die sich aus diesem Experiment ergeben werden, können nicht vorherbestimmt werden, da solche Versuche seit 5 Jahrzehnten nicht weiter zugelassen und ausprobiert wurden."

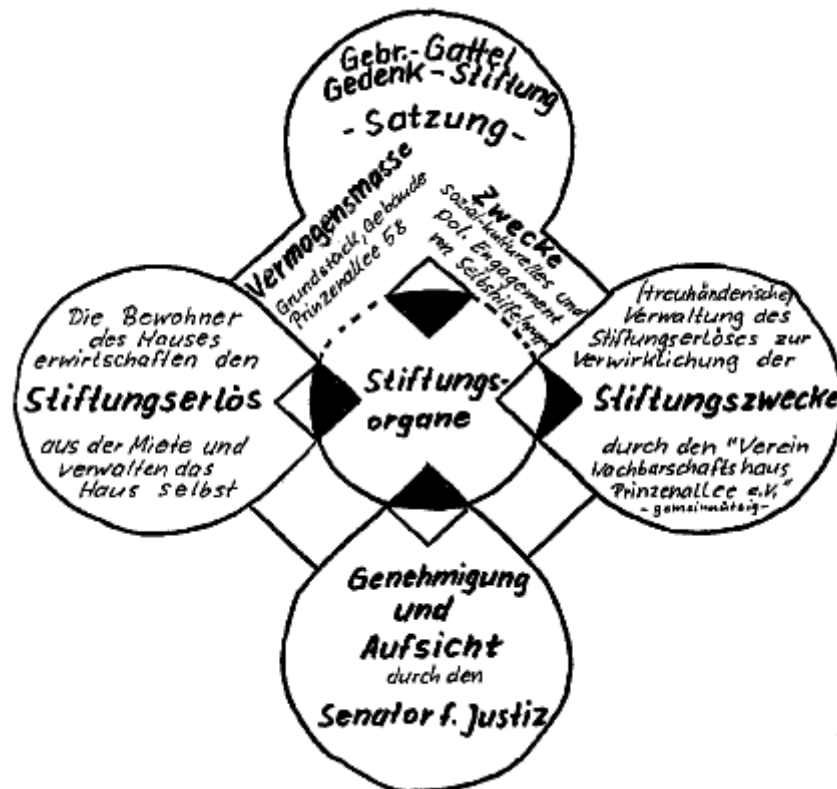
(aus ["Das Glück braucht ein Zuhause"](#) 1982)

Die erste konzeptionelle Darstellung der Idee
des "[Nachbarschaftshauses Prinzenallee](#)"
wurde dort auf [Seite 100](#) dokumentiert:



Was diese "Stiftung" ist? (Stand 1988)

- bisher leider nur eine Idee.



Was sie sein könnte: (Stand 1988)

- eine mögliche Rechtsform zur Kapitalneutralisierung, um das Haus und seine Bewohner vor Abriß und Spekulation zu schützen

- eine "privatwirtschaftliche" Finanzierungsquelle, die dauerhaft sozialkulturelle Arbeit fördert und auf lange Zeit den öffentlichen Haushalt entlastet.

- eine Chance durch eine "unabhängige" Finanzierung aus dem häufig vorkommenden "Loyalitätskonflikt" in Bereichen der Sozialarbeit herauszukommen.

- **"... eine große Freude und Genugtuung nach allem, was über uns hereingebrochen ist, - wenn der Name meiner Familie nicht ganz vergessen würde."** schreibt Frau **Anni Wolf**, die Tochter des früheren Eigentümers, Richard Gattel, in ihrem [Brief an den Bezirksbürgermeister](#) von Berlin-Wedding (Juni 1988)

Im Falle der Abwicklung des **VNP**, scheint es wohl im "falschen Moment" - einmal zu häufig - zu einem dieser "*häufig vorkommenden 'Loyalitätskonflikte' in Bereichen der Sozialarbeit*", gekommen zu sein.

Sozialenergie ist die einzige Energieform die zunimmt, indem man sie nutzt. (ar)

(PS: .. und umgekehrt erlischt, wenn man sie nur ausnutzt oder ignoriert!)

Leider scheint es den verantwortlichen "Nachbarn" und "Genossen" in der Vergangenheit nicht gut genug gelungen zu sein, das vorhandene Potenzial in kreativer und konstruktiver Weise, so weiter zu entwickeln, dass sich daraus eine Multi-Win-Situation für alle Beteiligten ergeben hätte, die von gegenseitiger Wertschätzung und Anerkennung getragen gewesen wäre.

"Nullsummenspiele" sind zwar übersichtlicher und, was den Abbau von Frustrationsgefühlen betrifft, zunächst Erfolg versprechender, kosten jedoch auf Dauer so viel Energie, dass ihre Wirkung auf das soziale Klima negativ bis destruktiv ist.

In welche Situationen man unversehens, durch lang anhaltende Nachbarschaftsstreitereien geraten kann, brauch hier wohl nicht weiter ausgeführt werden ...

"Es kann der Frommste nicht in Frieden leben, wenn's dem bösen Nachbarn nicht gefällt!"

Trotzdem - schade! Allgemeine Bürgerinteressen - im Sinne positiver [Entwicklungs-Perspektiven](#) für den ganzen Bezirk Mitte - werden wohl deshalb auf unabsehbare Zeit mit absehbaren Folgen brach liegen, bzw. chancenlos bleiben, weil offensichtlich, das vom [Sozial](#)

Senat und dem DPW im Stadtteilzentren-Vertrag geforderte Projekt-Ranking von einzelnen Akteuren zu Ränkespielchen missbraucht wurde, um ihre lokale, politische oder private **Vor-(Ort-)Macht-Stellung** zu etablieren.

Als Folge davon wird die "**Bürgerpartizipation**", welche in staatlichen Absichtsformulierungen oft hervorgekehrt wird, den Bürgern in Mitte tendenziell auch weiterhin vorenthalten bleiben.

Kooperatives, politisches und sozial-kulturelles Handeln, in eigenverantwortlichen Strukturen und zugleich bezogen auf öffentliches Interesse, bleibt damit weiterhin den Verwaltungen, bzw. deren Beauftragten und den von diesen finanziell in Abhängigkeit gehaltenen sozialen Projektträgern vorbehalten.

**Das deutsche Schicksal: vor einem Schalter zu stehen.
Das deutsche Ideal: hinter einem Schalter zu sitzen.**

Kurt Tucholsky

Als "Ausführungs-Organ" vor-ort wird es somit weiterhin im Interessensermessen von "Sozialarbeitern" liegen, welche "Angebote" sie den **Bürgerinnen** und **Bürgern** (*als Klientel?!*) machen, bzw. "*machen dürfen sollen*".

Hier soll kein Vorwurf gegen im sozialen Bereich beschäftigte Menschen erhoben werden, die sicherlich stets versuchen, aus den gegebenen Bedingungen das Beste zu machen.

Es liegt jedoch in der Natur der Sache, dass **Verwaltungs-Bürokratien "selbstähnliche Strukturen"** gebären und sich daher durch andersartige (Denk-) Strukturen wenig beeindrucken lassen.

Allein schon der besseren Übersichtlichkeit wegen könnte man versucht sein, mit "verwaltungstechnischer Management-Raffinesse" vorausschauend zu agieren und einfach die Anzahl und damit die "Artenvielfalt" der zu fördernden Projekte zu verringern, einfach um Kosten zu sparen.

Die dahinter stehende Strategie scheint zu sein, eine Steigerung der eigenen (bürokratischen) Effizienz durch die Reduzierung von Komplexität zu erzielen, - sozusagen die Realität auf die eigene Wahrnehmungs- und Leistungsfähigkeit zu reduzieren.

(In der Forstwirtschaft ist man von dieser "wirtschaftlichen" Denkweise wieder abgerückt, weil die Schäden zu groß wurden, die so durch Stürme und Schädlinge entstehen konnten.)

Sicherlich ist vieles, was heute, gerade in ausgelagerten Verwaltungszusammenhängen geschieht, aus Kostengründen nachvollziehbar, wie allerdings aus solchen "auf Linie gebrachten" mono-kulturellen Groß-Einrichtungen und Projekt-Clustern, jemals (wieder) eine zur (Selbst-) Verantwortung befähigte Bürgerschaft hervorgehen soll, wird wohl entweder ein unergründliches Geheimnis oder nur unbegründbares Wunschdenken bleiben.

Der **Erfolg** scheint auch *"nicht wirklich wichtig"*, denn die Kluft zwischen den eigenen Erwartungen und der davon abweichenden Realität wird oft erst nach Jahren oder gar Jahrzehnten offenkundig.

Dann, wird der Misserfolg jedoch eher selten im Zusammenhang seiner politischen "Urheberschaft" bewertet, sondern stattdessen den betroffenen Benachteiligten angeheftet: "Das Problem liegt doch bei dieser oder jener 'Minderheit'!"

Und so werden immer wieder neue "Sozial-Notfälle" produziert, welche die Intervention von "Helfern" immer häufiger immer dringlicher machen.

Zugleich besteht hier offenbar ein Dilemma zwischen staatlichen Wunschformulierungen auf dem Papier, die lebendige Zivilgesellschaft entwickeln zu wollen und dem daraus erwachsenden, diffusen Angstgefühl vor Kontrollverlust, über den Bürger, der auf diese Weise **befähigt** werden könnte, sich sowohl der eigenen Interessen wie auch seiner "Marionettenfäden" selbst **zu bemächtigen**. (= **Empowerment**)

"Aufgabe und Ziel der Senatspolitik ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern Berlins die Teilhabe an elementaren gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen und diese zu fördern. Dazu gilt es, Orte und Räume mit einer breiten Angebotspalette für Alt und Jung zur Verfügung zu stellen, die leicht erreichbar sind und allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen offen stehen." [Stadtteilzentren in Berlin](#)

[3. Folgevertrag Stadtteilzentren](#)

Es geht jedoch nicht darum, dass der Staat in kompensatorischer oder "gönnender" Weise "seinen Bürgern" die eine oder andere spielerische Teilnahmemöglichkeit einräumt.

Der verantwortungsvolle Bürger ist und bleibt der wichtigste Garant für die Stabilität und Sicherheit unseres Staates und ist somit zugleich der wichtigste "Verfassungsschützer".

Strukturen die eingezogen werden, um zu versuchen diese Rolle des Bürgers zu reglementieren oder zu unterlaufen, um sich seiner so strategisch oder manipulativ zu bemächtigen, sind ihrer Wirkung nach staatsfeindlich, - paradoxer Weise gerade dann, wenn dies von staatlicher Seite aus geschieht!

Das [Böckenförde-Diktum](#) (auch **Böckenförde-Theorem** oder **Böckenförde-Dilemma**) bezeichnet das Problem [säkularisierter](#) Staaten, [soziales Kapital](#) zu erschaffen. Dieses Problem warf der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht [Ernst-Wolfgang Böckenförde](#) auf:

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt, mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren versuchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und - auf säkularisierter Ebene - in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“

– „*Staat, Gesellschaft, Freiheit*“ 1976 (S. 60)

Wenn schon "Verwaltungsaufgaben" ausgelagert werden müssen, weshalb sollte es nicht möglich sein, die Belange der Bürger eigenverantwortlich in Form von **Selbst-Verwaltung** in die Hände der "Bürger" zu legen, z.B. im **institutionellen Rahmen** von **Bürgerstiftungen**?

**"Demokratie heißt, sich in die eigenen
Angelegenheiten einzumischen"**

Max Frisch

Anfrage an die Verantwortlichen des QM-Mitte vom 14.12.2007

Betreff: [Bürgerstiftung Berlin Mitte](#) /

Egal ob Gutbürger oder Hut-Bürger, - nur Mut, Bürger!

Sehr geehrte Damen und Herrn,

dem Handlungskonzept 2007 für das Quartiersmanagement Soldiner Straße / Wollankstraße habe ich entnommen:

"Die Zusammenarbeit mit den Nachbarschaftshäusern wurde fortgesetzt und vertieft. Von der auf Landesebene zeitweise diskutierten Konkurrenz zwischen den Ansätzen der Gemeinwesenarbeit der Stadtteilzentren und des Quartiersmanagements ist vor Ort im Soldiner Kiez nichts zu spüren.

Es hat sich eine kollegiale Zusammenarbeit entwickelt, in der Mittel sinnvoll gebündelt und eingesetzt werden. Die Nachbarschaftshäuser wirken aktiv im Quartiersrat mit."

Als Initiator des VNP habe ich jahrelang, ehrenamtlich am Aufbau dieser Einrichtung gearbeitet.

Könnten Sie bitte für die Kiez-Öffentlichkeit Vor-Ort eine Stellungnahme abgeben, wie es nun zur Schließung dieser Einrichtung im HH der Prinzenallee 58 kommen konnte!?

Mit freundlichen Grüßen

Albert Reinhardt
PS

~~~~~  
Ich bitte Sie ferner, den von mir am 12.12.2007 eingegebenen  
Veranstaltungshinweis, ([PRESSEERKLÄRUNG](#)) freizuschalten

[Antwortschreiben](#) vom 5.02.2008  
von Reinhard Fischer / QM-Soldiner Str.

---

Den am 15.12.2007 anwesenden Personen wurden folgende Papiere überreicht.

[2007-12-16-aufbruchsgeist.pdf](#)  
[2007-12-06\\_bm\\_c-hanke.pdf](#)  
[2007-12-03\\_postkarte.pdf](#)

---

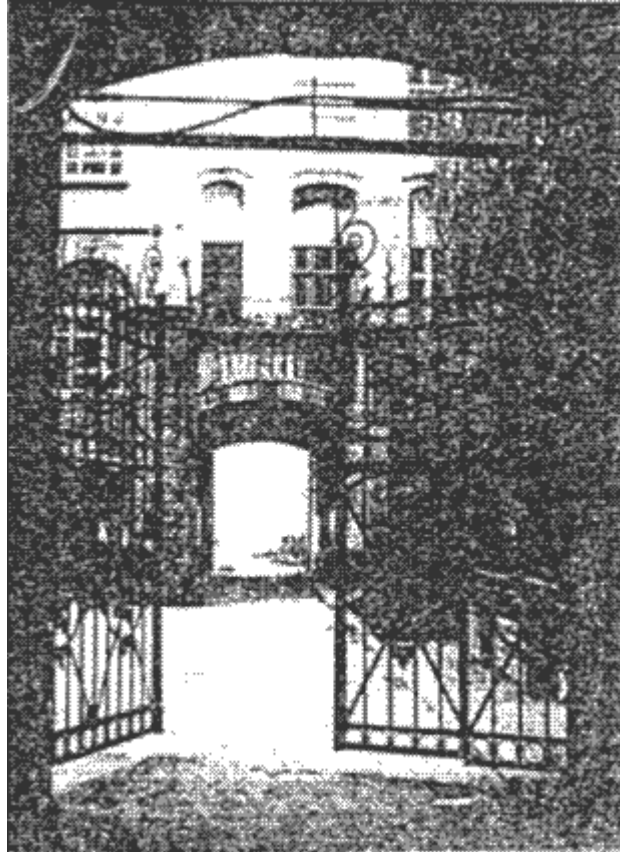
Folgende Textauszüge, aus einem Exposé der [Wohnstatt GmbH](#) (?) von 1991, mögen in der Rückschau einen Eindruck über den entstandenen Verlust vermitteln, der im "Soldiner Kiez", dem Schlusslicht aller Berliner Sozialräume, durch diese Vorgehensweisen entstanden ist.

#### 4) Herkunftsnachweis

### **Das Projekt Prinzenallee 58**

#### **in Berlin-Wedding**

Der Begriff "Die Prinzen-allee 58" steht für einen Modellfall der Integration von selbstverwaltetem Wohnen und sozial-kulturellen Projekten mit Sitz in dem Fabrikgebäude auf dem genannten Grundstück in Berlin-Wedding. Der Abriß des 100 Jahre alten Fabrikgebäudes in der Prinzen-allee 58 wurde 1981 durch Besetzung verhindert.



Dank der in Eigenleistung erbrachten Instandsetzung und einer verantwortungsvollen Verwaltung durch die Bewohner erinnert der Komplex seit nunmehr 10 Jahren als Stätte für sozialkulturelle Einrichtungen und als Wohnraum für 100 Menschen im Wedding.

Das Projekt "**Prinzenallee 58**" ist mittlerweile

überregional bekannt. 1987 erhält der Bezirk Wedding für das Projekt die Goldmedaille im Rahmen des Bundeswettbewerbes

**"Bürger, es geht um Deine Gemeinde:  
Innenentwicklung unserer Städte und Gemeinden".**

(...)

Das selbstverwaltete gemeinschaftliche Wohnen ist jedoch von Anfang an untrennbar mit den sozialkulturellen Projekten im Erdgeschoßbereich verbunden.

Als Träger hierfür hat sich der "Verein Nachbarschaftshaus Prinzenallee" gegründet, um inhaltliche Planung Organisation der geschäftsmäßigen Durchführung von Aktivitäten in den Räumen und integrative Zusammenführung der einzelnen Projekte zu gewährleisten.

In ihm sind vor allem Hausbewohnerinnen, aber auch externe Mitarbeiterinnen (ehrenamtlich oder als ABM-Beschäftigte) organisiert, die sich vorrangig mit der weiteren Entwicklung des Erdgeschosses (Nutzung der Räume und Werkhallen für sozialkulturelle und nachbarschaftliche Arbeit) befassen. Die gesamte Gemeinschaftsfläche im Erd- und Kellergeschoß beträgt 1.900 m<sup>2</sup>.

---

1 [Ranking,

Eine Rangordnung (auch Rangfolge, Rangliste, Ranking ist das Ergebnis einer Sortierung von mehreren vergleichbaren Objekten, die mit einer vergleichenden Bewertung einhergeht. Rangordnungen ermöglichen es beispielsweise, komplexe Informationsangebote nach bestimmten Kriterien zu bewerten und eine Auswahl zu treffen.]

2 [Ränke, Intrige, List, Machenschaften]

3 [DPW Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband]

4 Herkunftsnachweis:  ["Mitte Museum, Bezirksamt Mitte von Berlin"](#)